

Bahn frei!



Jürgen Theiner
über die Straßenbahnlinie 4

Wer öffentliche Verkehrsprojekte vorantreibt, legt dafür gern optimistische Nutzerzahlen zugrunde. Das ist beim Ausbau der Linie 4 sicher so gewesen, und man mag es den Planern im Nachhinein vorhalten. Trotzdem kann es nicht sein, dass die Straßenbahn nach Lilienthal anderthalb Jahre nach ihrer Einweihung immer noch gegen strukturelle Hemmnisse anfahren muss. Etablierte Buslinien konkurrieren mit der Schiene und machen ihr Marktanteile streitig. Dass dies für beide Verkehrsträger letztlich unwirtschaftlich ist, bedarf keiner Erläuterung.

Bus und Bahn müssen gemeinsam eine attraktive Alternative zum Individualverkehr bilden. Dass das möglich ist, zeigt ein Blick nach Bremen-Nord. Dort wurde in den vergangenen Jahren mit der Regio-S-Bahn nach Farge ein neues schienengebundenes Angebot aufgebaut. Die BSAG strickte ihr vorhandenes Busnetz entsprechend um. Es erschließt nun zum Teil neue Räume und erfüllt Zubringerfunktionen für die S-Bahn. Die BSAG musste dabei Federn lassen, doch für die Nahverkehrskunden ergab sich ein stimmiges Gesamtpaket. In Lilienthal kann man daraus offenbar noch lernen. **Bericht Seite 1**
juergen.theiner@weser-kurier.de



Mario Lars

Schönfärberei



Mirjam Moll
über die EU-Flüchtlingspolitik

Weniger sollen es werden. Dafür hat die Kommission vieles in Bewegung gesetzt. Doch die Zahl der Flüchtlinge ist dennoch nicht gesunken. Das ist Fakt – und alles andere nur Schönfärberei. Beschlossene Maßnahmen scheitern an der Umsetzung. Die geplante verstärkte Grenzüberwachung steht noch aus. Funktionierende Aufnahmezentren zur Registrierung und Umverteilung existieren nur in der Theorie. Die große Hoffnung liegt in der Türkei, doch die Verhandlungen werden sich noch deutlich ins neue Jahr hineinziehen. Flüchtlinge können noch immer ungehindert die gefährliche Reise über die Ägäis antreten. Nicht alle kommen an, Tausende haben ihr Leben gelassen – auch 2015.

Das muss endlich ein Ende haben – 2016 das Jahr sein, in dem jene Hindernisse aus dem Weg geschafft werden, die bislang eine gemeinsame Flüchtlingspolitik verhindern. 2016 muss aber auch das Jahr sein, in dem im Syrienkonflikt Lösungen auf den Tisch kommen. Denn jede noch so gut gemeinte Maßnahme kann nur bedingt helfen, den Flüchtlingsstrom zu verringern, solange die Ursache nicht bekämpft wird. **Bericht Seite 7**
politik@weser-kurier.de

Schlechte Prognosen aus einer scheinbar heilen Welt



Hans-Ulrich Brandt
über die Rentenpolitik

Für die Koalition liegt bei der Rentenpolitik vermeintlich alles im Soll: Die Rentenkassen sind trotz Einführung der Mütterrente und der abschlagsfreien Rente mit 63 gut gefüllt; der Beitragssatz bleibt nach allen Prognosen noch weitere fünf Jahre stabil bei 18,7 Prozent; und die etwa 20 Millionen Rentnerinnen und Rentner dürfen sich im Sommer nächsten Jahres auf die laut Deutscher Rentenversicherung „höchste Rentenanpassung seit der Jahrhundertwende“ freuen. Ein Plus von vier bis fünf Prozent, so die Vorausberechnungen, dürfte es werden.

Es läuft also anscheinend alles bestens und nach Plan – auch mittelfristig: So findet sich im Rentenversicherungsbericht 2015 der Bundesregierung der selbstzufriedene Satz: „Beitragssatz und Sicherungsniveau vor Steuern bewegen sich damit im Rahmen der im Gesetz vorgesehenen Grenzen von 20 Prozent beziehungsweise 46 Prozent bis zum Jahr 2020 und von 22 Prozent beziehungsweise 43 Prozent bis zum Jahr 2030.“

Doch auch wenn Arbeits- und Sozialministerin Andrea Nahles (SPD) Jahr für Jahr lapidar auf die Einhaltung der geplanten rentenpolitischen Eckdaten hinweist, bei Linken, Grünen, Gewerkschaften und Sozialverbänden stößt insbesondere das weitere Absenken des Rentenniveaus auf heftige Kritik. Schon lange warnen sie vor einem immer stärkeren Abkoppeln der Renten von der Lohnentwicklung und vor wachsender Altersarmut. Die Gewerkschaft Verdi plant deshalb, ähnlich wie schon beim Mindestlohn, eine bundesweite Kampagne – sie hat den Kampf für eine „auskömmliche

Rente“ angekündigt. „Für uns ist das eine der Grundfragen der sozialen Gerechtigkeit“, sagt Verdi-Chef Frank Bsirske. Und der Präsident des Sozialverbands, Adolf Bauer, hat sich wiederholt für eine Sicherungsklausel ausgesprochen, die eine Untergrenze des Rentenniveaus von 50 Prozent vorsieht. „Die Sicherung des Rentenniveaus muss Vorrang vor dem Ziel der Beitragssatzstabilität erlangen“, fordert Bauer.

Doch es ist eben genau umgekehrt: Den Beitragssatz hat die Politik unter ihre Fittiche genommen, nicht das Rentenniveau. Es war die rot-grüne Regierung unter Bundeskanzler Gerhard Schröder, die 2001 einen Systemwechsel in der Alterssicherung einleitete, an

niveau im Jahr 2000 noch 52,9 Prozent (netto vor Steuern), so liegt es in diesem Jahr nur noch bei etwa 48 Prozent.

Auch dabei wird es nicht bleiben. Bis 2030, so die Prognose, sinkt das Rentenniveau auf 44,3 Prozent ab. Das ist zwar noch oberhalb des gesetzlich festgelegten Rahmens, doch auch in der Bundesregierung bestreitet niemand, dass die gesetzliche Rente alleine bald nicht mehr reichen wird. So steht im aktuellen Rentenversicherungsbericht: „In Zukunft wird der erworbene Lebensstandard nur erhalten bleiben, wenn die finanziellen Spielräume des Alterseinkünftegesetzes und die staatliche Förderung genutzt werden, um eine zusätzliche Vorsorge aufzubauen.“ Soll heißen: Ohne private Altersvorsorge geht es nicht. Die aber können sich genau jene nicht leisten, die sie am dringendsten bräuchten, nämlich Geringverdiener.

Das Konzept der Bundesregierung wird also nicht aufgehen – für selbstkritische Debatten sorgt das bei CDU/CSU und SPD trotzdem nicht. Im Gegenteil: Mit der teuren Einführung der abschlagsfreien Rente mit 63 ist der sinnvolle Plan konterkariert worden, den Rentenbeginn in einer immer älter werdenden Gesellschaft hinauszuschieben, so wie es die Rente mit 67 eigentlich zum Ziel hat. Daran wird auch die geplante Einführung einer Flexi-Rente nichts ändern, die es Beschäftigten ermöglichen soll, gegen Ende ihres Berufslebens noch so viel Lust auf Arbeit zu haben, dass sie wenigstens in Teilzeit weitermachen. Selbst wenn das Gesetz, über das ohnehin zu lange diskutiert wurde, im Sommer vom Bundestag beschlossen werden sollte, die Nachfrage wird sich in Grenzen halten. Schon jetzt gibt es nämlich Möglichkeiten des flexiblen Übergangs in die Rente – sie werden nur kaum genutzt. **Bericht Seite 1**
hans-ulrich.brandt@weser-kurier.de

Den Beitragssatz hat die Politik unter ihre Fittiche genommen, nicht das Rentenniveau.

dem auch Bundeskanzlerin Angela Merkel und SPD-Vizekanzler Sigmar Gabriel nicht rütteln mögen. Damals wurde der Demografiefaktor abgeschafft. Der dämpfte bei einem Anstieg der durchschnittlichen Lebenserwartung die jährlichen Rentenerhöhungen – die Rentenversicherung wurde so entlastet. Um steigende Rentenbeiträge dennoch zu vermeiden, wurde beschlossen, die Formel zur Rentenanpassung so zu verändern, dass die Entwicklung der Renten hinter der Lohnentwicklung zurückbleibt und das Rentenniveau langsam sinkt. Dieser nach dem damaligen Arbeitsminister Walter Riester als „Riester-Faktor“ bezeichnete Dämpfungsmechanismus zeigt Wirkung. Betrug das Renten-

Süddeutsche Zeitung

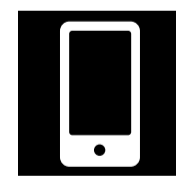
über die Integrationsdebatte: „Viele Flüchtlinge haben schon auf der Flucht per Handy-App sich Grundzüge des Deutschen beizubringen versucht und sind bitter enttäuscht, wenn sie dann von den Kursen ferngehalten werden, weil sie der deutsche Staat nach Aschenputtel-Manier sortiert: Integrationskurse dürfen nur Flüchtlinge aus Syrien, Irak, Iran und Eritrea besuchen. Alle anderen müssen bis zum Abschluss des Asylverfahrens warten. Bis dahin ist viel Zeit vertan.“

Berliner Zeitung

über das selbe Thema: „Schließlich ist die Frage, ob von den Flüchtlingen die Teilnahme an Sprachkursen verlangt werden kann, wenn viel zu wenig Lehrer bereitstehen. Für spezielle Sprechklassen haben die Länder inzwischen 8500 Lehrer eingestellt, benötigt werden zwischen 20000 und 50000. Es ist leichter, von anderen Integration zu verlangen, als die Voraussetzungen dafür zu schaffen.“

Stuttgarter Zeitung

über die Bundeswehr: „Es ist richtig, nach bald 25-jähriger Schrumpfkur an eine Aufstockung der Bundeswehr zu denken. Auch der Verteidigungsetat muss in den nächsten Jahren wachsen, mindestens um die Vollausstattung der Bundeswehrverbände mit dem notwendigen Gerät sicherzustellen. Damit ist kein Plädoyer für die Militarisierung der deutschen Außenpolitik verknüpft. Aber Sicherheitsvorsorge bedeutet nun einmal, sich auf schlimme, unvorhergesehene und sogar unwahrscheinliche Entwicklungen vorzubereiten.“



Dieses Symbol kennzeichnet **Augmented-Reality-Effekte**. Mit Ihrem Smartphone, Tablet und der App **WESER-KURIER Live** können Sie digitale Inhalte abrufen.

WESER KURIER
BREMER ZEITUNG · UNABHÄNGIG UND ÜBERPARTeilICH

Bremer Nachrichten
WESER-ZEITUNG · DIE NORDDEUTSCHE
unabhängig und überparteilich

Verdener Nachrichten
TAGESZEITUNG FÜR STADT UND KREIS VERDEN
unabhängig und überparteilich

Bremer Tageszeitungen AG
Martinistraße 43, 28195 Bremen

Chefredaktion: Moritz Döbler (v.i.S.d.P.), Silke Hellwig

Geschäftsführende Redakteure:
Alexandra-Katharina Küttemeyer, Christian Wagner

Chefreporter: Jürgen Hinrichs · Chefreporter Kultur/Medien:
Dr. Hendrik Werner · Politik: Joerg Heigle Wagner · Bremen:
Arno Schupp · Kultur: Iris Hetscher · Wirtschaft: Moritz Döbler

Sport: Marc Hagedorn · Regionalalltag: Peter Voith
Regionales: Antje Borstelmann, Michael Brandt, Harald Laube

Layout: Stephan Meinking · Redaktionelle Projekte:
Stefan Dammann · Büro Berlin: Jochen Arntz (Leitung)
Büro Hannover: Peter Mlodoch · Büro Hamburg: Mona Adams

Bezugspreis bei Zustellung im Bremer Wirtschaftsraum
monatlich 31,90 € einschließl. 7% USt.

Für den Anzeigenteil verantwortlich:
Tanja Bittner, Vincent Koss

Anzeigenpreise und -bedingungen nach Preisliste Nr. 69.

Öffnungszeiten Kundenzentrum im Pressehaus Bremen:
montags bis freitags von 9 bis 18 Uhr, sonnabends von 9.30 bis
14 Uhr. Telefonisch erreichen Sie uns montags bis freitags von
6.30 bis 18 Uhr, sonnabends von 7 bis 12 Uhr und sonntags von
8 bis 12 Uhr. Öffnungszeiten unserer regionalen Zeitungshäuser
entnehmen Sie bitte Ihrer beigefügten Regionalausgabe.

Verlag:
Telefon: 04 21 / 36 71 0 Telefax: 04 21 / 36 71 10 00

Abonnenten-Service:
Telefon: 04 21 / 36 71 66 77 Telefax: 04 21 / 36 71 10 20
E-Mail: abonnentenservice@weser-kurier.de
abonnentenservice@bremer-nachrichten.de

Nachliefer-Service: (bis 11 Uhr):
Telefon: 0800 / 36 71 22 2
*Kostenlos aus dem Festnetz, Mobilfunktarife können abweichen

Redaktion:
Telefon: 04 21 / 36 71 0 Telefax: 04 21 / 36 71 10 00
E-Mail: redaktion@weser-kurier.de
redaktion@bremer-nachrichten.de

Anzeigenannahme:
Telefon: 04 21 / 36 71 66 55
Telefax: 04 21 / 36 71 11 00 (Anzeigen)
Telefax: 04 21 / 36 71 10 10 (Kleinanzeigen)
E-Mail: anzeigen@weser-kurier.de
anzeigen@bremer-nachrichten.de

Rolf Gössner über Gefahren neuer Aufrüstungspläne

Terroranschläge, so schrecklich sie sind, beleben das Geschäft mancher Branchen und Institutionen. Waffenschmieden und private Security-Firmen gehören dazu, aber auch staatliche Sicherheitsorgane – vorwiegend die Geheimdienste. Da gerät ganz rasch in Vergessenheit, was gerade dieses „Gewerbe“ verbrochen, verurteilt und verurteilt hat.

Deshalb zur Erinnerung: In den letzten Jahren mussten wir erkennen, wie der „Verfassungsschutz“ im Kampf gegen Nazismus versagt, wie er sich mit seinem unkontrollierbaren V-Leute-System heillos in Neonaziszellen verstrickt, wie er seine kriminellen V-Leute gegen Polizeiermittlungen

schützt hat, und dass die NSU-Mordserie trotz – oder wegen? – zahlreicher V-Leute nicht verhindert oder aufgedeckt werden konnte. Und der Bundesnachrichtendienst ist verwickelt in die menschenrechtswidrige NSA-Massenüberwachung, betreibt illegale Regierungs- und Wirtschaftsspionage – willfährig im Dienst der NSA und auch auf eigene Faust. Alles im Namen von Sicherheit und Antiterror-kampf, Freiheit und Demokratie!

Dieses Treiben wird befördert, weil sich Geheimdienste kaum kontrollieren lassen: Das zeigen die verzweifelten Versuche, ihre Skandale aufzuarbeiten. Regelmäßig blicken die Kontrolleure in Abgründe eines skrupellosen Vertuschungssystems. Die parlamentarische Kontrolle erfolgt geheim. Gerichtsprozesse mutieren mitunter zu Geheimverfahren mit geschwätzten Akten und gesperrten Zeugen. Rechtsstaatlichkeit sieht anders aus.

Ausgerechnet solche Geheimdienste erhalten nach den Pariser Anschlägen wieder Auftrieb, werden abermals aufgerüstet, personell und finanziell ausgebaut, anstatt endlich aus den Riesenskandalen Lehren zu ziehen und das dafür verantwortliche Geheimsystem zu knacken. Denn die Skandale haben System – schließlich widersprechen Geheimdienste demokratischen Prinzipien, weil sie weder transparent noch wirklich kontrollierbar sind; deshalb neigen sie zu Verselbstständigung und Machtmissbrauch – mit dem fatalen Trend zum Staat im Staate.

Beim „Verfassungsschutz“ kann man machen, „was man schon immer machen wollte“ – und das straflos. Zum Beispiel überwachen – oder aber bespitzeln, unterwandern, täuschen, sich krimineller V-Leute bedienen und vertuschen: alles straflos und unkontrollierbar. So warb kürzlich der Chef des Bundesverfassungs-

schutzamts, Hans-Georg Maaßen, im MDR um neues Personal. Umso mehr gilt auch und gerade in Zeiten des Terrors: Mit demokratiewidrigen Geheimdiensten lassen sich Demokratie und Verfassung nicht schützen. Wer sie weiter aufrüstet und straflos stellt, statt sie zumindest wirksam zu zügeln, schädigt Demokratie, Bürgerrechte und Rechtsstaat.



Gastautor
Rolf Gössner ist Anwalt, Publizist, Vizepräsident der Internationalen Liga für Menschenrechte und Mit-herausgeber des „Grundrechte-Reports“.

Namentlich gekennzeichnete Kommentare geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Geheimdienste und Demokratie sind unvereinbar